

## N i e d e r s c h r i f t

### über die Sitzung des Verkehrsausschusses am 18.01.2000

Unter dem Vorsitz des Herrn Stv. Müller sind anwesend:

von der CDU-Fraktion

die Stadtverordneten Asbeck, Bartsch, Brakelmann und Jung,

von der FDP

Herr Jonas,

von der SPD-Fraktion

die Stadtverordneten Blume, Dittgen, Hahn, Roß (bis 18.00 Uhr) und Wülfing, Herr Kessens (ab 18.00 Uhr),

beratende Mitglieder

Frau Stadtverordnete Liebert und Herr Gehrenbeck,

von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Bayer (GB 1), Herr Milde (R 101), Herr Christ (R 102), Herren Bronold, Behr, Blöser, Müller, Seidel, Warning und Widmann, Frau Reichl (R 104),

Gast

Herr Bremer (WSW)

Schriftführerin

Frau Sauer

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.30 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende, **Herr Stv. Müller**, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### 1. Verpflichtung von Mitgliedern ohne

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Gehrenbeck als stellvertretendes beratendes Mitglied im Verkehrsausschuss und verpflichtet ihn mit der vorgeschriebenen Verpflichtungsformel.

Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.

- - -

### 2. Sachstandsbericht Schwebebahnausbau ohne - Änderungen im Montageterminplan -

Berichterstattung: Herr Bremer, WSW, und Herr Kronenberg, Baustellenkoordinator

**Herr Bremer** führt aus, am Montag, den 24.01.2000, würden Gespräche mit den Vorständen der Firmen Holzmann und Lavis geführt. Sofern man eine einvernehmliche Lösung erziele, könnten die Bauarbeiten in 4 - 6 Wochen fortgesetzt werden. Sollte keine einvernehmliche Lösung erzielt werden, müsse mit einem Baustopp von 1 - 2 Jahren gerechnet werden, da insofern neue Auftragsvergaben erarbeitet werden müssten. Die Fortsetzung der Bauarbeiten mit der Fa. Lavis wäre in jedem Fall die bessere Lösung. Ende letzten Jahres habe man den Terminplan für die erste Hälfte des Jahres 2000 fertig gestellt. In diesem könne parallel weiter gearbeitet werden. Für die zweite Hälfte stünden erhebliche Veränderungen im Terminplan an. Im Dezember und Januar seien 5 Aufträge, für die die Submission erfolgt sei, nicht vergeben worden. Die Ausschreibungen seien aufgehoben worden und müssten nunmehr erneut durchgeführt werden.

**Herr Kronenberg** ergänzt, die Koordinierung der gesamten Verkehrsprojekte in Elberfeld sei auf den Schwebebahnumbau ausgerichtet gewesen. Es sei nunmehr ausgesprochen schwierig, neu zu planen. Der für den Umbau der Station Döppersberg benötigte Kran, der auf der B 7 aufgestellt werde, könne dort nur in den Ferien postiert werden. Evtl. käme es insofern zu einer Verschiebung der Bauarbeiten bis in die Jahre 2001 bis 2003. Weiter würden die Schwertransporte die Talachse belasten. **Herr Bremer** stellt fest, der Termin für Sommer 2000 sei zu halten, falls man weiter mit der Fa. Lavis baue. Auf Frage von **Herrn Jonas** erläutert er, dass lediglich die Haltestellen berührt seien. Der Bahnbetrieb werde - wie in der Vergangenheit - aufrechterhalten. Es sei evtl. ein erhöhter Aufwand für die Zustandserhaltung zu erbringen.

Auf Frage von **Herrn Stv. Wülfing** zur Vertragsproblematik bittet **der Vorsitzende**, dieses Thema im Aufsichtsrat anzusprechen.

Weiter stellt **Herr Stv. Müller** fest, dass Verwaltung und WSW eng zusammenarbeiteten und man insgesamt auf eine Einigung hoffe. Er dankt Herrn Bremer sowie Herrn Kronenberg für die Berichterstattung und bittet, in der März-Sitzung weiter informiert zu werden.

- - -

3. Drucksachen zur Kenntnisnahme:

**3.1 Ausschussauftragsmanagementsystem** **ohne**  
- Statusbericht und Auftragsübersicht -

Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.

- - -

**3.2 Errichtung einer Ampelanlage am Kasinokreisel** **4601/00**  
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN -

**Regelung des Fußgängerverkehrs am Kasinokreisel durch eine  
provisorische Ampelanlage am Fußgängerüberweg an der  
Neumarktstraße** **4606/00**

**Der Vorsitzende** dankt Herrn Blöser für die schnelle Umsetzung des Verkehrsversuches.

**Herr Blöser** verweist zunächst auf die als Tischvorlage ausliegende weitere Auswertung einer Verkehrsbeobachtung nach Abbau der Ampel und erläutert sodann die vorliegende Drucksache. Bezüglich der Verkehrszählungen während und nach dem Verkehrsversuch habe es bei den Kfz nur wenige Veränderungen, im Bereich der Fußgängerzahlen jedoch große Abweichungen gegeben. Dies sei auf das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen. Er erläutert im einzelnen die beobachteten positiven und negativen Veränderungen im Verkehrsablauf während des Verkehrsversuches. Man habe die Fußgänger in der Neumarktstraße nicht verprellen wollen, diese hätten die Straße auch weiter an der Ampel gequert und seien nicht auf den Zebrastreifen ausgewichen. Die Grünphase der Lichtzeichenanlage sei angepasst, die Fahrbahnrandlinie aufgefrischt und das Blinksignal aufgestellt worden. Positiv für die Fußgänger sei, dass deren Vorrang auch jetzt noch beachtet werde. Der Verkehrsfluss von der B 7 und zurück sei gestört gewesen. Auch sei es zu Beeinträchtigungen in der Neumarktstraße und der Kasinostraße gekommen. Man sei erstaunt über das Ergebnis der neuen Verkehrsmessungen, das denen im Weihnachtsverkehr entsprochen habe.

**Herr Stv. Brakelmann** stimmt zu, der Verkehrsversuch habe positive sowie negative Aspekte gehabt. Für die Anwohner der Neumarktstraße habe jedoch durch die zügigere Abwicklung des Verkehrs eine wesentliche Verbesserung festgestellt werden können. Er kündigt einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion an.

**Herr Stv. Dittgen** weist darauf hin, dass dreimal an Donnerstagen zur gleichen Uhrzeit die Verkehrsmessungen durchgeführt worden seien. Am 16.12.1999 hätten in der Zeit von 16.30 bis 17.00 Uhr alleine 519 Fußgänger die Kasinostraße im nördlichen Teil des Kreisels überquert. Viele davon seien die Friedrich-Ebert-Straße entlang gegangen. Nach Abbau der Ampel würden sicher mehr Leute die Kasinostraße überqueren.

**Frau Stv. Liebert** stellt fest, durch den Verkehrsversuch habe man nicht viel erreicht. Es habe im Gegenteil zeitweise Rückstaus bis zur B 7 gegeben. Sie erinnert an die von den GRÜNEN seit langem aufgestellte Forderung nach Schließung der Neumarktstraße. Die Installierung einer Lichtzeichenanlage empfinde sie als sinnlos.

**Herr Blöser** entgegnet, der Verkehrsversuch habe auf jeden Fall eine Verbesserung für die Fußgänger erbracht. In einer für das Wuppertal-Institut durchgeführten Fußgängerzählung sei eine starke Verkehrsbeziehung vom Parkhaus Bergstraße zur Neumarktstraße festgestellt worden. Der untere Bereich der Herzogstraße habe in letzter Zeit an Attraktivität verloren.

Es sei nicht gezählt worden, wie viele Fußgänger die Neumarktstraße außerhalb des Kreisels gequert hätten. Der Durchgangsverkehr sei ebenfalls nicht erfasst worden. Der Versuch habe die Fußgängerströme nicht stark verändert. Für die Kraftfahrzeuge sei in der Neumarktstraße eine wesentliche Verbesserung erzielt worden.

**Herr Bronold** teilt mit, die Anlieger der Neumarktstraße hätten anlässlich des offenen Dialoges zum Ausbau die Forderung aufgestellt, von der Schließung ihrer Straße abzusehen.

**Herr Stv. Brakelmann** stellt fest, der Verkehrsversuch habe keine endgültige Lösung sein können. Ampel und Kreisverkehr widersprächen sich. Die Aufstellung einer Ampel bedeute die sicherste Lösung für die Fußgänger. Er verliest den Beschlussvorschlag seiner Fraktion, dessen Beschlussfassung nach Wortbeiträgen von Frau Stv. Liebert sowie den Herren Stv. Müller, Dittgen und Roß sowie den Herren Bronold, Blöser und Müller auf TOP 4 vertagt wird.

Die CDU-Fraktion wird gebeten, zukünftig einzubringende Beschlussvorlagen rechtzeitig allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Der Verkehrsausschuss nimmt Kenntnis.

- - -

### **3.3. Aktionsplan zur Förderung des Radverkehrs in NRW**

**4609/00**

**Herr Widmann** erläutert die vorliegende Drucksache. Das landesweite Radwegweisungssystem werde in diesem Jahr geplant und solle im nächsten Jahr umgesetzt werden. Wuppertal werde zu den Vorschlägen angehört. Im Hinblick z.B. auf die Schweiz, wo auch Rad gefahren werde, solle man nicht unter Hinweis auf Wuppertals Topografie der Thematik ablehnend gegenüberstehen. Er bittet, die Drucksache positiv zu bewerten und den Radverkehr punktuell zu fördern.

**Herr Stv. Jung** stellt fest, seine Fraktion nehme die Drucksache lediglich ablehnend zur Kenntnis.

**Herr Stv. Dittgen** beurteilt die Thematik positiv und dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

**Frau Stv. Liebert** begrüßt die Drucksache außerordentlich und hofft, dass Teile der Maßnahmen weiter diskutiert und einzelne Bereiche umgesetzt würden. Sie verweist auf mögliche Fördermittel.

**Herr Jonas** kann der Drucksache vom Prinzip her zustimmen, jedoch nicht für Wuppertal.

**Herr Stv. Dittgen** geht davon aus, dass heute nicht nur über die Drucksache, sondern auch über das anliegende Schreiben des Ministeriums abgestimmt werde.

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Die Drucksache wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion.

- - -

**3.4 ÖPNV-Bedarfsplan - Anmeldung von Maßnahmen im Wuppertaler Bedienstungsgebiet für den ÖPNV-Ausbauplan NW 4610/00**

**Herr Milde** weist darauf hin, dass die Drucksache noch im Aufsichtsrat der WSW behandelt werde.

Auf Frage von **Herrn Stv. Brakelmann** erläutert er, dass nach Abzug des Landeszuschusses noch 376 TDM übrig bleiben, die von den WSW zusätzlich aufzubringen seien. Insgesamt seien es knapp 900 TDM.

Auf Frage von **Herrn Stv. Müller** nach dem Wegfall der ÖPNV-Kostenpauschale in Höhe von 1 Mio. DM führt **Herr Milde** aus, dass bisher für 400 TDM Maßnahmen im ÖPNV-Bereich (z. B. Gutachten, Maßnahmen im Linienweg und zur Fahrgastsicherung, Markierungsarbeiten, Haltestellen) durchgeführt worden seien. 600 TDM würden seit Erstellung des Nahverkehrsplanes in die SPNV-Umlage gezahlt. Ab dem Jahr der Inbetriebnahme der Regio-Bahn werde die Stadt den WSW einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 500 TDM zahlen. Diese Pauschale sei zu Beginn des Jahres zu zahlen und somit blieben keine finanziellen Mittel für andere Maßnahmen übrig.

Auf Frage von **Frau Stv. Liebert** nach dem weiteren Vorgehen von Seiten der CDU erläutert **Herr Stv. Brakelmann**, dass die Summe von fast 400 TDM von den WSW gezahlt werden müsse. Im Hinblick auf den Wegfall vieler Arbeitsplätze müsse man sich fragen, ob dies noch leistbar sei. Bezüglich der Anbindung nach Mettmann verweise er auf bestehende Buslinien. Die Vorteile sehe seine Fraktion schon, jedoch müsse im Hinblick auf die Kosten entsprechend im Aufsichtsrat entschieden werden. **Frau Stv. Liebert** weist darauf hin, dass ein gut ausgestatteter ÖPNV Arbeitsplätze sichere. **Herr Stv. Brakelmann** ergänzt, die Liberalisierung des Energiemarktes erschwere die Finanzpolitik der Stadtwerke.

Auf Frage von **Herrn Stv. Dittgen** zum Halteplatz Düssel erläutert **Herr Milde**, Wülfrath sei der Initiator für die Erarbeitung der neuen Trassenvarianten. Wuppertal sei mit der erstellten Planung zufrieden gewesen. Die geplante Neutrassierung beinhalte Vor- und Nachteile für die Anlieger. Wuppertal werde der Neutrassierung nur zustimmen, sofern diese verkehrlich einen Sinn mache und kostenneutral für die Stadt hergestellt werde. Von fünf Vorschlägen zur Neutrassierung sei nach Abstimmung einer übrig geblieben. Ein erster Schritt der Umsetzung sei die Kurve in Richtung Vohwinkel. Darüber hinaus gehende Planungen seien Zukunftsvorstellungen von Wülfrath. Der Finanzierungsrahmen läge ca. bei 30 Mio. DM. Es müsse eine enge Abstimmung mit den Bürgern vorgenommen werden.

**Herr Beig. Bayer** berichtet von stattgefundenen Gesprächen zwischen Herrn Dr. Slawig, dem Bürgermeister aus Wülfrath, Vertretern der Kalkwerke sowie den Stadtwerken. Man habe gemeinsam festgestellt, dass verkehrlich nichts gegen die Neutrassierung spreche. Es dürfe jedoch nicht zu Lasten Wuppertals gehen. Wülfrath werde bezüglich der Kostenermittlung an den VRR sowie die Regio-Bahn herantreten.

Lt. **Herrn Milde** betrage die Fahrzeitverlängerung ca. 2 Minuten und es sei abzuklären, ob dafür ein zusätzliches Fahrzeug benötigt werde. Die Kalkwerke würden sich finanziell an der Maßnahme beteiligen, es sei jedoch noch unklar, ob dies durch Finanzmittel oder beispielsweise eine Dammaufschüttung an der B 7 geregelt werde. Die Trassen würden auch für Firmentransporte genutzt.

**Der Vorsitzende** verweist auf das Interesse der Kalkwerke an der Neutrassierung. Die ursprüngliche Trasse sei mitten durch das Gelände der Kalkwerke geführt worden. Die anliegenden Bürger beklagten, dass die neue Trasse 8 m höher als ihre Grundstücke und im Abstand von nur 20 - 30 m von vor ihren Häusern entfernt verlaufe.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

- - -

#### **4. Umbau Neumarktstraße** R 104

**4614/00**

Die CDU-Fraktion legt einen Antrag zur Abstimmung vor, zu dem folgender Beschluss gefasst wird:

#### Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Die Verwaltung wird nach Vorstellung der Ergebnisse des Verkehrsversuches am Kasinokreisel beauftragt,

1. innerhalb der laufenden Ausbauarbeiten der Neumarktstraße alle baulichen Maßnahmen für die mögliche Herstellung einer Signalanlage vorzusehen,
2. um den ursprünglichen Ausbauzustand wiederherzustellen, die Verursacher von Folgeschäden innerhalb des Kasinokreisels durch Bauarbeiten mit dem Ziel der Schadenbeseitigung festzustellen und deren Beseitigung zu betreiben,
3. für eine der folgenden Sitzungen dieses Jahres Planungsvarianten (evtl. auch ohne Ampel) für die zukünftige Gestaltung dieses Kreuzungsbereiches vorzustellen, die Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten mit Klärung der Zuschussfähigkeit auf-zuzeigen,
4. die Voraussetzungen zu schaffen, eine dauerhafte Signalanlage spätestens im November 2000 für einen Übergangszeitraum bis zu einer baulichen Umgestaltung zu errichten.

Einstimmigkeit zu den Punkten 1 - 3,  
Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion zu Punkt 4.

Es wird gebeten, den Beschluss der BV Elberfeld zur Kenntnis zu geben.

**Herr Müller** erläutert die vorliegende Drucksache. Der Zeitpunkt der Sperrung der Neumarktstraße ab dem 14.02.2000 sei mit dem Kaufhof abgestimmt. Durch die Sperrung seien die Bauarbeiten schneller durchzuführen. Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion zur Linksabbiegemöglichkeit aus dem Wall in die Neumarktstraße werde heute eine Entscheidung in eine bestimmte Richtung erbeten. Es sei vorgesehen, zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Durchführungsbeschluss vorzulegen, der vorab der BV Elberfeld vorgestellt werde. Der Vorschlag zum Abbiegen sei in Anlage 2 als Plan dargestellt. Es sei zu beachten, dass pro Tag bis zu 20.000 Fußgänger diesen Bereich querten. Der jetzige Zustand habe sich bewährt, Gespräche mit Kaufhof und Rathaus-Galerie hätten ergeben, dass von dort ebenfalls die jetzige Situation begrüßt werde. Sollte eine Linksabbiegemöglichkeit gewünscht werden, werde darum gebeten, diese möglichst weit östlich anzulegen.

**Herr Stv. Brakelmann** stellt fest, man wolle keine komplette Abbiegemöglichkeit für alle Verkehrsteilnehmer schaffen. Es gebe jedoch seit längerem das Begehren nach einer Quartierslinie. Da jetzt der Umbau der Neumarktstraße vorgenommen werde, sei es sinnvoll, schon jetzt die Vorbereitungen für die Durchfahrt der Quartierslinie mit einfließen zu lassen. Seine Fraktion stelle sich vor, nur den Bus abbiegen zu lassen und dies evtl. farblich darzustellen.

**Herr Stv. Dittgen** bezweifelt, dass die Quartierbuslinie in Kürze eingerichtet werde. Somit werde man jetzt unter Umständen umsonst finanzielle Mittel ausgeben. Für die Fußgänger sei die jetzige Lösung gut. Änderungen seien im Moment nicht gewünscht. Darüber hinaus sei der Abfluss des Busverkehrs gestört, falls dort Fahrzeuge parkten. Er fragt nach der Regelung der Abbiegemöglichkeit. Seines Erachtens könnten die Busse auch von der Morianstraße in die Neumarktstraße einfahren. Weiter bittet er, die Zuständigkeit für den Beschluss - BV oder Ausschuss - zu überprüfen.

**Frau Stv. Liebert** hält die Planung für bedenklich, da sich auch Autofahrer verleiten lassen würden, links abzubiegen. Die jetzige Lösung sei in Ordnung.

**Der Vorsitzende** verweist darauf, dass die Einführung der Quartierbuslinie im 49-Punkte-Programm beschlossen worden sei. Die Linienführung solle über die Friedrich-Ebert-Straße/Tannenbergsstraße/Südstraße/Wall führen. Die Finanzierungsprobleme müssten noch beseitigt werden. Bis zur Installierung der Buslinie könne alles wie bisher bleiben, man wolle nur bei den jetzigen Bauarbeiten eine Öffnung schaffen.

**Herr Jonas** ist nicht glücklich über das Vorhaben. Die avisierte Vorlage müsse Kostenpläne und Zuständigkeiten enthalten.

#### Beschluss des Verkehrsausschusses zu Drucksache 4614/00 vom 18.01.2000:

Die Drucksache wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Unabhängig von der endgültigen Auswertung des Verkehrsversuches und der daraus resultierenden Entscheidung über das weitere Vorgehen wird zugestimmt, bei der Fortsetzung der Bauarbeiten Leerrohre für eine spätere Verkabelung einzubauen.

Das Wiedereinführen des Linksabbiegens vom Wall in die Neumarktstraße ist für eine Quartierbuslinie zu ermöglichen. Hierzu wird die Verwaltung gebeten, zur nächsten Sitzung einen Durchführungsbeschluss vorzulegen.

Die BV Elberfeld ist entsprechend einzubinden.

Einstimmigkeit.

- - -

## 5. Steigerung der Verkehrssicherheit (Maßnahmenkatalog zu Kinder- und Schulwegeunfällen)

4607/00

**Herr Widmann** verweist auf die Zunahme der Kinderunfallzahlen. Hier sei Handlungsbedarf für die Verwaltung gegeben. Auf den Seiten 2 und 3 der vorliegenden Drucksache seien die finanziellen Mittel, die bisher für bauliche Maßnahmen sowie für Verkehrsaufklärung an Schulen und für Autofahrer im letzten Jahr zur Verfügung standen, aufgeführt. Für Schulwegsicherungsmaßnahmen sei relativ viel Geld ausgegeben worden, die Schulwege seien daher recht sicher. Somit müsse der normale Straßenraum stärker beachtet werden. Die Verwaltung wolle vier Teams bilden, um die Arbeit besser zu strukturieren. Bisher gebe es sieben Teams, die sich mit der Thematik befassten.

Auf Frage von **Herrn Stv. Bartsch**, ob die Zahlen im Jahresschnitt gleich blieben oder es außergewöhnliche Ereignisse gegeben habe, führt **Herr Widmann** aus, dass die Zahlen bis Oktober/November vorliegen würden. Ein Unfall habe acht Kinder betroffen. Die Unfallzahlen seien im Mai und September sehr hoch, dies sei vermutlich wetterbedingt.

**Herr Stv. Bartsch** spricht sich dafür aus, die Maßnahmen der Verkehrsaufklärung noch zu verstärken. Nicht einverstanden sei er jedoch mit Punkt 5 - Managementteam Kinderfreundlichkeit -. Er bittet, diesen Punkt aus der Drucksache herauszunehmen, da ansonsten der Verkehr zum Erliegen komme.

Auf Frage von **Herrn Jonas** nach der Struktur der Unfälle erklärt **Herr Widmann**, dass eine Steigerung bei betroffenen Kindern ab 10 Jahren zu verzeichnen sei.

Lt. **Herrn Stv. Dittgen** sollte die Häufigkeit der Kinderunfälle zu mehr Gedanken zwingen. Er empfinde Punkt 5 der Drucksache als sehr wichtig. Man solle bei jedem Beschluss überlegen, ob Kinder dadurch gefährdet würden. Im Hinblick auf das 49-Punkte-Programm verweist er in diesem Zusammenhang an evtl. Gefährdungen durch die geplanten Veränderungen der Fußgängerinseln in der Straße Schwarzbach.

Auf seine Frage erklärt **Herr Widmann**, an Zebrastreifen passierten 13%, an ampelgeregelten Überwegen 23 % der Fußgängerunfälle.

**Frau Stv. Liebert** erinnert daran, dass ihre Fraktion sich immer für den Beschluss der Kinderfreundlichkeitsprüfung ausgesprochen habe. Unter Hinweis auf die geplante zeitliche Begrenzung der Tempo-30-Strecken sowie der gesamten Verkehrspolitik der CDU gehe sie davon aus, dass diese die vorliegende Drucksache nur ablehnen könne. Wenn man Kinderunfälle reduzieren wolle, müsse man auch entsprechende Beschlüsse fassen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, im Untersuchungszeitraum sei nachmittags vor Schulen ein Unfall passiert. **Herr Widmann** ergänzt, dass für das Fachgremium Verkehrsentwicklung alle Schulen abgefragt worden seien. Als Ergebnis seien nur ein oder zwei Unfälle gemeldet worden.

**Der Vorsitzende** erklärt, das Fachgremium Verkehrsentwicklung habe die Verwaltung einstimmig aufgefordert, an diesem Thema zu arbeiten. Dass die Drucksache zur Kinderfreundlichkeitsprüfung bisher nicht beschlossen worden sei, könne man seiner Fraktion, die damals nicht die Mehrheit gehabt habe, wohl kaum vorwerfen. Seine Fraktion spreche sich dafür aus, Punkt 5 aus der Drucksache herauszunehmen, da man ansonsten interpretieren könne, dass man auch heute dieser anderen Drucksache zustimmen würde.

**Frau Stv. Liebert** entgegnet, durch Punkt 5 werde keine Beschlusslage der anderen Gremien vorweg genommen. Heute solle nur über die Weiterarbeit des Teams beschlossen werden.

**Herr Stv. Bartsch** regt an, evtl. mehr Geld zur Verkehrsaufklärung zur Verfügung zu stellen. Sofern sich die zeitliche Beschränkung der Tempo-30-Zonen als falsch herausstelle, könne dieser Beschluss wieder geändert werden.

**Herr Widmann** stellt fest, pädagogisch geschultes Personal müsse in dem Team „Nicht-motorisierter Verkehr“ arbeiten. Verschiedene Kampagnen würden vom Land vorbereitet und mit finanziert. Dies bedeute jedoch einen personellen Aufwand. Er begrüßt den Vorschlag des **Vorsitzenden**, hier ABM-Kräfte einzusetzen

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Dem Beschlussvorschlag wird mit folgender Änderung zugestimmt:

In Punkt 5 der Anlage - Managementteam Kinderfreundlichkeit - wird der 2. Satz wie folgt formuliert:

Nach zustimmendem Beschluss der Gremien zu der noch zu bearbeitenden Drucksache „Kinderfreundlichkeitsprüfung“ soll eine Verankerung in den Geschäfts- und Managementprogrammen der einzelnen Ressorts und Stadtbetriebe erfolgen.

Einstimmigkeit.

Weiter wird vereinbart, in jeder 2. Sitzung des Verkehrsausschusses eine Berichterstattung zu dem Thema Verkehrssicherheit vorzusehen.

- - -

**6. Sanierung der Brücke Brändströmstraße  
- Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe -**

**4608/99**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt..

Einstimmigkeit.

- - -

- 7. Rückzahlung zuviel erhaltener Bundes- und Landeszuwendungen für den Umbau der B 7 zwischen Berliner Platz und Wupperfelder Markt - Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel -** **4611/00**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Es wird empfohlen, die Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen.

Einstimmigkeit.

- - -

Die Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 8 - 12 erfolgt in einem Block.

- 8. Benennung der von der Schmiedestraße abgehenden Erschließungsstraße des Baugebietes nördlich des Paul-Flocke-Weges** **4616/00**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

- 9. Benennung der Erschließungsstraße für das Baugebiet im Hintergelände Wittener Str. 75 (Kath. Kirchengemeinde St. Mariä Himmelfahrt)** **4617/00**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

- 10. Benennung des Verbindungsweges zwischen Langerfelder Straße und Lippestraße** **4618/00**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

- 11. Benennung der Erschließungsstraße im Neubaugebiet zwischen Steinhauser Straße und der Straße Windfoche** **4619/00**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

- 12. Neuordnung der Hausnummern in der Ortslage Mittelsudberg** **4620/00**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Es wird empfohlen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

**13. Neueinrichtung zweier Bushaltestellen im Zuge der Linien 617, 627, 634 und 637, hier: Haltestelle Buchenring**

**3141/99**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Einstimmigkeit.

- - -

**14. Umgestaltung der Haltestelle „Mühlenweg“ am Westkotter Platz in Fahrtrichtung Alter Markt**

**3143/99**

Beschluss des Verkehrsausschusses vom 18.01.2000:

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Einstimmigkeit.

- - -

Stv. Müller  
Vorsitzender

Beig. Bayer

Stv. Dittgen

Sauer  
Schriftführerin